

Bayr wirft Regierung bei Tsunami-Hilfe Säumigkeit vor

Utl.: Bayr fordert Vorlage eines Finanzplans =

Wien (SK) - Die SPÖ-Bereichssprecherin für Entwicklungszusammenarbeit, Petra Bayr, wirft der Regierung bei der Auszahlung von Geldern für die Tsunami-Hilfe Säumigkeit vor. Die Regierung hat am 12. Jänner 2005 eine Hilfszusage über 50 Millionen Euro gemacht, zum jetzigen Zeitpunkt seien jedoch noch 22 Mio. Euro offen, so Bayr am Donnerstag in einer Pressekonferenz. Die SPÖ-Politikerin fordert die Regierung auf, einen Finanzplan vorzulegen, aus dem hervorgeht, woher die fehlenden 22 Mio. Euro kommen und wofür sie eingesetzt werden sollen. Bei den Zwischenberichten, die erstellt werden, verlangt Bayr mehr Transparenz. Es müsse nachvollziehbar sein, welche Geldflüsse es gegeben habe. ****

Die von der Bundesregierung angekündigte Unterstützung in der Höhe von 50 Mio. Euro teile sich so auf, dass der Bund 34 Millionen, die Bundesländer zehn und die Städte und Gemeinden sechs Millionen Euro zahlen sollen. Von Ländern und Gemeinden seien je eine Million noch offen, der Bund hat über 20 Millionen Euro noch nicht bedeckt, erklärte Bayr. Bei konkreten Anfragebeantwortungen im Frühjahr und Herbst dieses Jahres werde das Geld, das durch die Ministerien zur Verfügung gestellt wird, immer weniger. Die Planungen für 2006 seien in den meisten Fällen höchst diffus und würden die Finanzlücken nicht decken, für 2007 gebe es überhaupt noch keine konkreten Pläne, bemängelte die SPÖ-Abgeordnete.

Die Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen von Juni bzw. November/Dezember 2005 und der beiden Zwischenberichte von März und Juni 2005 (auf der Homepage des Bundeskanzleramts abrufbar) würden sich oftmals widersprechen und kein einheitliches Bild ergeben, so ein weiterer Kritikpunkt. In den Zwischenberichten würden private und öffentliche Hilfsmaßnahmen vermischt, es sei unmöglich nachzuvollziehen, welches Geld für welches Projekt woher kommt, stellte Bayr fest. In anderen Ländern (Schweden, Großbritannien) habe die Veröffentlichung von Berichten über das mangelhafte Funktionieren der Soforthilfe nach der Tsunami-Katastrophe intensive öffentliche Diskussionen ausgelöst.

"Viele private Hilfsorganisationen ziehen anlässlich des Jahrestages der Flutkatastrophe Bilanz über ihre bisherigen Tätigkeiten und die Verwendung der Spendengelder, und sie halten Vorausschau auf die geplanten Tätigkeiten in den kommenden Jahren", hielt Bayr fest. Effizienter Einsatz für die Ärmsten, Transparenz und verantwortungsvolles Umgehen mit den Spendengeldern sei dabei prioritär. "Was Private tun, um ihren Spendern Rechenschaft zu geben, wäre von der Regierung ihren SteuerzahlerInnen gegenüber auch zu verlangen", betonte die SPÖ-Abgeordnete.

Viele Projekte würden gut und effizient helfen und den Menschen in den betroffenen Regionen ermöglichen, neue Hoffnung zu fassen, erklärte Bayr. Alleine "Nachbar in Not" hat 32 Millionen Euro an Spendengeldern für die verbliebenen Opfer des Tsunami gesammelt. Es bleibe aber noch viel zu tun: Ein Jahr nach der Katastrophe lebe erst wieder ein Fünftel der insgesamt 1,8 Millionen Obdachlosen in einer festen Unterkunft. Infrastruktur wie Wasser- und Abwasserleitungen, Schienenwege und Straßen, Spitäler und Schulen sind noch nicht wieder aufgebaut. Obwohl der Wiederaufbau läuft, prägen Trümmerfelder, Ruinen und Zeltstädte das Bild der zerstörten Küstenregionen, sagte Bayr.

Anlässlich des Tsunami sei ein Katastrophenfonds für Katastrophen im Ausland eingerichtet und darüber hinaus ein neues Einsatz- und Krisenkoordinationszentrum in Wien eröffnet worden, führte Bayr weiters aus. Beides seien begrüßenswerte Initiativen, das Erdbeben in Pakistan habe jedoch gezeigt, dass schnelle Hilfe nach wie vor nicht optimal koordiniert werden kann. Nicht nur, dass im betroffenen Gebiet von rund 20.000 km² rund 80.000 Menschen umgekommen sind und drei Millionen obdachlos geworden sind, sei nun nach Einbruch des Winters zu befürchten, dass es wesentlich mehr Todesopfer geben wird; Katastrophenhelfer gehen von 250.000 aus. Bayr wies abschließend darauf hin, dass auch ohne Erdbeben, Seebeben, Wirbelstürme und andere Naturkatastrophen durchschnittlich alle 10 Tage ein "Tsunami" passiert, und zwar wenn hunderttausende Menschen an den Folgen von Hunger, vermeidbaren Krankheiten, im Zuge von Geburten oder durch Gewalt sterben.

Presseunterlagen zu dieser Pressekonferenz gibt es auf www.spoe.at
(Schluss) ps

Rückfragehinweis:

Pressedienst der SPÖ

Tel.: 01/53427-275

<http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS095 2005-12-22/11:52

221152 Dez 05